

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

Vollsbblatt

für
Stadt und Land.

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silbergr.

N^o 88.

Paderborn, 24. Juli

1849.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Bedingungen des Waffenstillstandes; erwar-
teter Besuch des Kaisers von Rußland; Erklärung der sächsischen
Bevollmächtigten); Frankfurt (Correspondenz zwischen dem Reichs-
ministerium und dem Prinzen von Preußen; österreichische Truppen);
Detmold (projektirte Eisenbahn); München (Truppenbewegungen;
Rückkehr des Königs; Wahlen.)
Schleswig-Holstein. Altona (Stimmung im Lande; Bericht des
Generals v. Bonin).
Aus dem Badischen. (Absetzung der Beamten; Von der Murg
(Rastatt's Uebergabe in Aussicht).
Der Ungarische Krieg.
Schweiz. Zürich (Badische Flüchtlinge).
Frankreich. Straßburg (Deutsche Flüchtlinge ausgewiesen).
Rußland. (Truppenmärsche).
Italien. Rom (Dudinot; Pius IX.) Vermischtes.

Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Die Verhandlungen, welche zwischen
dem Kön. Bevollmächtigten Freiherrn von Schleinitz und dem
Königlich dänischen Bevollmächtigten Kammerherrn von Reedtz
hier in Berlin stattgefunden, haben zu der am 10. d. M.
gechehenen Feststellung von Friedens-Präliminarien und zum Ab-
schluß eines Waffenstillstandes geführt. Nachdem die Ratifikation
sowohl von Seiten Sr. Majestät des Königs, als Sr. Majestät
des Königs von Dänemark erfolgt ist, und die Auswechslung der
beiderseitigen Ratifikations-Urkunden am 17. d. M. stattgefunden
hat, ist sowohl das Protokoll über die Friedens-Präliminarien,
als die Waffenstillstands-Convention zu öffentlicher Kenntniß ge-
bracht worden.

Die Hauptbedingungen der Convention sind folgende: die
Feindseligkeiten werden für die Dauer von 6 Monaten und noch
während 6 Wochen nach Aufkündigung des Waffenstillstandes, von
der einen oder andern Seite, eingestellt werden. — Die deutsche
Armee muß Jütland räumen. — Preußen hält das Herzogthum
Schleswig mit 6000 Mann besetzt, während die Inseln Alsen und
Arbe unter dänischer Besatzung bleiben. Außerdem wird ein Corps
von 2000 Mann neutraler Truppen (Schweden) den nordwestlichen
Theil Schleswigs besetzt halten. — Die Blokade der deutschen
Häfen wird aufgehoben. — Alle von den Dänen aufgeführten
Handelschiffe werden sammt den Ladungen freigegeben, oder deren
Werth erstattet. Preußen verpflichtet sich, alle von den deutschen
Truppen in Jütland erhobenen Contributionen in baarem Gelde
zu erstatten resp. erstatten zu lassen; desgleichen den Werth der
requirirten und nicht zurückgestellten Pferde. — Sämmtliche Kriegs-
und polit. Gefangene werden von beiden Theilen ohne Ausnahme
in Freiheit gesetzt werden. — Für das ganze Herzogthum Schles-
wig wird eine Landesverwaltung errichtet werden, welche während
der Dauer des Waffenstillstandes dieses Land im Namen des Kö-
nigs von Dänemark regieren wird.

LC **Berlin**, 19. Juli. Der in Aussicht gestellte Besuch
des Kaisers von Rußland bei unserm Hofe dürfte leicht einen be-
deutenden politischen Einfluß haben, und zwar möchte sich dieser
Einfluß zunächst in der deutschen Frage geltend machen. Die Stel-
lung Preußens und Oesterreichs zu einander gibt dem alten Alli-
ren dieser Staaten ein gewisses Recht, eine Vermittelung zu versu-
chen. Allerhöchste Personen in Preußen bieten ohne dies Alles
auf, um das Mißverhältniß, das die Umstände zwischen Berlin und
Wien hervorgerufen haben, nicht noch mehr zu vergrößern. Ist
Rußland, und dies ist aus vielen Gründen anzunehmen, wirklich
ernstlich gesonnen, zwischen Oesterreich und Preußen zu vermitteln,
so würde das Cabinet von St. Petersburg, bei der Entscheidung,
die es in Bezug auf die ungarische Frage ausüben kann, im
Stande sein, das Ministerium Schwarzenberg zum Nachgeben zu
veranlassen. Rußland scheint übrigens bemüht, ein freundschaftliches

Verhältniß mit Preußen herzustellen, wenigstens hat es sich in der
dänisch-schleswigschen Angelegenheit der preussischen Politik nützlich
zu machen gesucht.

Berlin, 20. Juli. In Beziehung auf die Berliner Con-
ferenz theilen wir folgendes, darauf bezügliche Aktenstück der
sächsischen Bevollmächtigten mit.

Protokollarische Erklärung der sächsischen Be-
vollmächtigten.

Der unterzeichnete königlich sächsische Bevollmächtigte steht sich
veranlaßt, im Namen und Auftrage seiner Regierung nachstehende
Erklärung in die Hände der königl. preussischen Regierung nieder-
zulegen. Die königl. sächsische Regierung hat bei unausgesetzter
Festhaltung des Grundsatzes, daß das Verfassungswerk nicht von
der Nationalversammlung einseitig beschloffen, sondern nur im
Wege der Vereinbarung mit den Regierungen endgültig werden
könne, unverändert und so oft ihr dazu die Gelegenheit geboten
war, sich dahin ausgesprochen, daß die Bundes- oder Reichs-
gewalt nicht in einheitlicher Gestalt, sondern in kollegialer auf-
zurichten sei, und sich daher im Gegensatz zu dem in Frankfurt
beliebten erblichen Kaiserthum für ein Direktorium erklärt. Es
geschah dies namentlich durch die Note vom 10. Febr. d. J., in
Erwidern der Circulardepesche der königl. preuß. Regierung vom
23. Jan. d. J., welche gleichfalls das Projekt der Aufrihtung der
deutschen Kaiserwürde zurückwies, sowie durch die Note vom 17.
d. J., worin der preussischerseits ergangenen Einladung zu einer
Verhandlung über das von dem k. k. österreichischen Cabinet in
Vorschlag gebrachte Direktorialprojekt Folge gegeben wurde. In-
dem die königl. sächsische Regierung sich zur ausschließlichen Ver-
tretung dieser Ansicht berufen fand, war dieselbe keineswegs von
der Absicht geleitet, nur dynastische Interessen zur Geltung zu brin-
gen oder sich der Uebertragung der obersten Reichsgewalt an eine
einzige deutsche Regierung aus partikularistischer Eifersucht wider-
setzen zu wollen. Sie gehorchte vielmehr der innigen Ueberzeu-
gung, daß die von der Nationalversammlung beabsichtigte und
späterhin beschlossene Verleihung der obersten Reichsgewalt an die
Krone Preußen einen doppelten, für die künftigen Geschicke Deutsch-
lands gleich verderblichen Nachtheil herbeiführen möchte. Sie
durfte sich nicht verhehlen, daß durch diesen Akt einestheils das
Auscheiden Oesterreichs aus den neuen Bundesverhältnissen bedingt
sei, und daß andererseits die der obersten Reichsgewalt zu verleih-
ende einheitliche Spitze nothwendig dahin führen müsse, den Bun-
desstaat in den Einheitsstaat allmählig umzubilden und somit al-
les und jedes selbstständige Leben der verschiedenen deutschen
Stämme zu vernichten. Die Ereignisse, welche der Annahme der
deutschen Reichsverfassung von Seiten der Nationalversammlung
bei der zweiten Lesung gefolgt sind, haben Zustände herbeigeführt,
welche zwar die diesseitige Regierung nicht haben vermögen können,
eine verschiedene Anschauung der Verhältnisse zu gewinnen, denen
gegenüber sie jedoch die Nothwendigkeit hat ins Auge fassen müssen,
ihre Ueberzeugung dem Bedürfnisse der Erhaltung der bedrohten
staatlichen Ordnung und der damit in genauem Zusammenhange
stehenden möglichst raschen Verwirklichung des deutschen Verfassungs-
werks unterzuordnen. Nachdem sie sich daher der von der königl.
preuß. Regierung verkündeten Ansicht, daß die von der National-
versammlung beschlossene Verfassung in ihrer dermaligen Gestalt
zu verworfen sei, angeschlossen, und vor den Gefahren des in Folge
dieses Entschlusses in ihrem Lande ausgebrochenen Aufstands nicht
zurückgewichen war, sondern denselben mit Hilfe des ihr von der
königl. preuß. Regierung gewährten bundesgetreuen Beistandes be-
kämpft hat, steht sie auch nicht länger an, eine solche Verfassung
anzunehmen, welche die Exekutivgewalt des Reichs der Krone
Preußen allein verleiht. Die königl. sächsische Regierung will und
darf jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, wie sie diesen